

Die Tribüne

Die unabhängige Plattform für eine kritische Beobachtung der Politik im Kanton Zürich!

Jetzt anmelden
die-tribuene.ch

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik Zuwanderung steht zur Debatte in Bern von Nina Fehr Düsel Seite 2	Kanton Zürich Kontroverse Einzelinitiativen von Barbara Grüter Seite 3	Aktuell Mehr Rechtsunsicherheit durch EU-Verträge von Prof. Dr. Karl Spühler Seite 4–5	Parlamentsgemeinden Linksextremer Anschlag auf die Demokratie von Samuel Balsiger Seite 6	Veranstaltungs-Tipp Aus Bern mit NR Rutz / NR Tuena Seite 5
--	--	--	---	--

GRÜNE TRÄUME – ROTE ZAHLEN

Wie Zürich sich selbst ruiniert – im Namen des Klimas

Mit dem Slogan «Klima-Sekte stoppen!» bringt die Junge SVP auf den Punkt, was viele im Kanton Zürich längst denken: Aus Klimaschutz ist eine Ersatzreligion geworden – mit Heilsversprechen, Dogmen und wachsendem Zwang. Ausdruck dieses Wahnsinns ist das neue Energiegesetz, über das wir am 28. September abstimmen. Es macht Zürich zum Versuchslabor für einen radikalen Klima-Umbau – auf Kosten von Gewerbe, Landwirtschaft, Eigentümern und KMU.

Statt wie der Bund auf das Ziel 2050 zu setzen, will Zürich schon 2040 klimaneutral sein. Nicht weil es realistisch wäre, sondern weil sich eine grünlinke Mehrheit im Kantonsrat als moralische Weltrettungsinstanz inszeniert. Gegen den Willen des Regierungsrates und ohne Rücksicht auf die Folgen.

Ein Ziel, das niemand erreichen kann

Was heisst Netto-Null 2040 konkret für den Kanton Zürich? Die jährlichen 5,2 Mio. Tonnen CO₂-Emissionen des Kantons müssen auf 0,7 Mio. sinken. Der Rest soll mit Milliardenaufwand technisch kompensiert und wohl im Ausland versenkt werden, etwa im Meer bei Norwegen. Allein die Verkehrsemissionen müssten um 95% sinken. Verbot von Traktoren, Diesel- und Nutzfahrzeugen – ist das der Plan?

Auch die Industrie müsste ihre Emissionen auf einen Drittel senken – in nur 15 Jahren. Für KMU schlicht unmöglich. Doch das Gesetz ist unerbittlich: Wird

das Zwischenziel 2030 nicht erreicht, greifen automatisch neue Massnahmen. Aus einem Ziel wird ein Zwangssystem – ohne Ausstiegsklausel.

Green Deal in Reinkultur

Das erinnert stark an den Green Deal der EU: In der EU hat die Politik beschlossen, dass der durchschnittliche CO₂-Ausstoss der Fahrzeugflotte eines Autoherstellers bis 2030 auf 47,5 g CO₂

pro Kilometer sinken muss. Das entspricht etwa 1,8 Litern Dieserverbrauch pro 100 km. Technisch ist das nur möglich, wenn mindestens drei Viertel des Flottenbestandes rein elektrisch ist. Weil sich aber nach wie vor viele Konsumenten für Verbrenner entscheiden, müssen Elektrofahrzeuge mit Milliarden subventioniert werden, indirekt über Steuer- und Abgabensysteme.

Schon heute warnen Experten: Die Umsetzung des Energiegesetzes kostet über 20 Milliarden Franken. Das würde die jährlichen Investitionen des Kantons – derzeit rund 1,3 Milliarden Franken – nahezu verdoppeln. Doch selbst dieses Volumen ist heute nur mit neuen

Schulden finanzierbar. Weitere rote Zahlen sind programmiert, zulasten der Steuerzahler.

Strommangel und steigende Netzgebühren

Wärmepumpen, E-Traktoren, Elektrotransporter – sie alle treiben den Strombedarf nach oben. Gleichzeitig wird die Versorgung unsicherer. In zehn Jahren sollen 35 TWh Solarstrom zusätzlich entstehen. Doch bei realistischem Jahresnutzungsgrad bräuchte es 280 TWh Leistung – ein Schildbürgerstreich.

An sonnigen Tagen fällt der Strompreis auf null, trotzdem müssen Netze und Speicher bezahlt werden. An trüben Tagen springen teure Gaskraftwerke ein. Für stromintensive Betriebe im Gewerbe oder in der Landwirtschaft wird das zur Existenzfrage.

Ein Gesetz als trojanisches Pferd

Das Gesetz betrifft nicht nur Neubauten oder Industrie. Jeder Umbau, jede Heizung, jede Baubewilligung wird künftig an Klimaziele geknüpft. Gemeinden müssen Massnahmenpläne vorlegen und Eigentümer Nachhaltigkeitsauflagen erfüllen. Ganze neue Berufszweige entstehen, die durch neue Gebühren und Abgaben bezahlt werden: Climate Controller, ESG-Berater, Klimajuristen.

Klima-Sekte stoppen!



Zürcher Klima-Wahn
NEIN
am 28. September
energiegesetz-nein.ch

Die Junge SVP Kanton Zürich bringt es auf den Punkt: Klima-Sekte stoppen!
Bild: Junge SVP Kanton Zürich

Das Gesetz ist ein trojanisches Pferd: Es gibt keine Bremse, keine Obergrenze. Werden Ziele verfehlt, kommen neue Vorschriften, und dies Jahr für Jahr.

Fazit: Jetzt braucht es Gegenwehr

Die Junge SVP hat Mut bewiesen. Der Klima-Wahn ist längst keine Umweltpolitik mehr – sondern ein ideologisches Projekt. Ein Mittel zum Zweck, um unter dem Deckmantel des Klimas

neue Macht- und Umverteilungsstrukturen zu schaffen – zentral geplant, fern der Realität. Kurz: Sozialismus durch die grüne Hintertür.

Bezahlen sollen jene, die arbeiten: Bauern, Gewerbler, Eigentümer. Sie sollen künftig Bericht erstatten, Abgaben zahlen und ihre Betriebe umbauen. Ein Ziel, das nichts bringt.

Darum braucht es am 28. September ein klares NEIN zum Zürcher Klima-Wahn. NEIN zum Energiegesetz!



Tobias Weidmann
Kantonratsrat SVP /
Fraktionspräsident
Hettlingen

Dein Auto **verbieten?**

Zürcher Klima-Wahn
am 28. September
energiegesetz-nein.ch

42. Kantonales
SVP-Schiessen
19. / 27. - 28. Sept. 2025
Schützenhaus Uster
8610 Uster

Schiessbetrieb
Freitag, 19.09.25
17.00 - 20.00 Uhr
Samstag, 27.09.25
08.30 - 15.30 Uhr
Sonntag, 28.09.25
08.30 - 11.30 Uhr

Ansprechen & Absenden
Sonntag, 28.09.25
ab 13.00 Uhr

Noch nicht angemeldet?

Herzlichen Dank
unseren Goldsponsoren

Dr. Christoph Blocher
alt Bundesrat, Herrliberg

Marc Bochsler
Kantonratsrat, Wettswil

Thomas Matter
Nationalrat, Meilen



Ukrainekrieg als Ablenkungsmanöver

Allen drei Herren steht das Wasser innenpolitisch bis zum Hals. Ihre Staaten ächzen unter der Massenimmigration, einer ruinösen Schuldenkrise und immenser Belastung der Sozialwerke. Darum markieren die drei Gernegrosse aussenpolitisch den ganz starken Mann. Um von der Dauermisere im Inneren abzulenken. Der uralte, leider immer wieder wirksame Trick politischer Gaukler und Falschspieler. Welch Glück also für die Staatenlenker von Deutschland, Frankreich und Grossbritannien, dass es eine Ukraine gibt.

Friedrich Merz will Marschflugkörper Taurus liefern und fordert dabei eine «gemeinsame europäische Entscheidung». Im Mai erklärte er in Berlin, Deutschland, Frankreich und Grossbritannien seien für eine unbeschränkte Reichweite der Waffen. Um die Aufrüstung zu finanzieren, wurde aus nicht vorhandenem Geld ein «Sondervermögen» konstruiert. Und den Deutschen eingebläut, die Russen stünden 2027 am Brandenburger Tor. Zur Erinnerung: Etwas über 150 000 russische Soldaten kämpfen heute in der Ukraine. 1939 überfiel Deutschland Polen mit mehr als 1,5 Millionen, 1941 die Sowjetunion mit über 3 Millionen Wehrmachtsangehörigen.

Noch mehr weibelt Emmanuel Macron für die Ukraine. Er kann nicht genug an entsprechende Gipfeltreffen reisen. Kein Wunder, sein Frankreich blutet im Inneren aus tausend Wunden und droht durch Strassenproteste in Flammen aufzugehen. Macron wirft sich aus der Ferne in die Kriegerpose wie einst General de Gaulle. Er schloss im März 2024 den Einsatz von Bodentruppen in der Ukraine nicht aus: «Wir tun alles, damit Russland diesen Krieg nicht gewinnt.» Dabei kann Frankreich nicht einmal seine Schuldzinsen bezahlen. Britanniens linker Premier Keir Starmer unterzeichnete am 16. Januar 2025 in Kiew mit Präsident Selenskyj «eine hundertjährige Partnerschaft» im Verteidigungsbereich. Die Staatsverschuldung des Vereinigten Königreichs liegt bei 2,8 Billionen Pfund. Was Merz, Macron und Starmer bezüglich Ukrainekrieg veranstalten, ist mehr als nur Grössenwahnsinn. Es ist angesichts ihrer leeren Kassen ein Blössenwahnsinn.

Die Zuwanderung steht zur Debatte in Bern

Die Herbstsession startete am 8. September und ist bereits in vollem Gange. Die erste Woche war sehr intensiv. Die Session am Montag startete mit Finanzthemen, wie zu den Massnahmen der Banken betreffend Too big to fail. Bei der SVP sprach Nationalrat Thomas Matter. Es geht nun darum, nicht überzuregulieren. Es braucht verschiedene Massnahmen, aber es sollte diesbezüglich auch zwischen einer Regionalbank oder Versicherung und einer UBS unterschieden werden.



Nina Fehr Düsel
Nationalrätin SVP
Küsnacht

Am Dienstag ging es in einer Sondersession um per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS), zu diesen nicht abbaubaren Chemikalien. Es sollen bestehende Mittel des Bundes so eingesetzt werden, dass Alternativen zu PFAS entwickelt werden können, ohne Zwang. Bei der SVP sprach Nationalrat Christian Imark.

Am selben Tag ging es auch um die UKW-Konzession, die für viele Radios wichtig ist, und die grosse Mehrheit des Nationalrats war erfreulicherweise der Meinung, dass diese nicht abgeschaltet werden darf.

Die heissesten Eisen in dieser Session sind sicher die Halbierungs-Initiative, die Finanzierung der 13. AHV-Rente und natürlich die Nachhaltigkeitsinitiative der SVP.

Nachhaltigkeitsinitiative

Die Nachhaltigkeitsinitiative der SVP fordert, dass die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz die 10-Millionen-Marke nicht vor 2050 überschreiten darf. Wir haben bereits heute einen Dichtestress. Ein sehr wichtiges Thema, welches auch die Bevölkerung bewegt. Darüber werden wir im Nationalrat am 22. und 25. September beraten, wobei es seitens SVP sehr viele Redner gibt.

13. AHV-Rente

Der Ständerat hat in der Sommersession leider ein Finanzierungsmodell beschlossen, das auch höhere Lohnabzüge vorsieht. Nun ist der Nationalrat am

Zug und die zuständige Kommission will dem Bundesrat folgen. Dabei gibt es allerdings diverse Minderheitsanträge, auch betreffend Mehrwertsteuer. Die Art der Finanzierung der 13. AHV-Rente ist also immer noch umstritten. Anders sieht es bei der SRG-Initiative aus. Der Nationalrat hat die Halbierungsinitiative leider abgelehnt, die eine Senkung der Radio- und TV Gebühren auf 200 Franken pro Haushalt und Jahr verlangt. Nun ist der Ständerat an der Reihe.

Mehrkosten für F-35-Kampffjets

Das Debakel um den Kauf der Kampffjets ist ebenfalls ein Thema. Seit einem Monat ist klar, dass der Fixpreis von sechs Milliarden Franken für 36 Flugzeuge nicht mehr realistisch ist und die Jets voraussichtlich 1,3 Mia Franken mehr kosten. Die Bürgerlichen sind klar der Meinung, dass es dennoch diese

Kampffjets braucht und dieser Nachtragskredit gewährt werden muss.

Am Mittwoch stand unter anderem die Reform der lebenslangen Freiheitsstrafe auf dem Programm. Eine kleine Reform; es geht um 17 Jahre anstatt 15 Jahre bei lebenslänglich. Bei uns sprachen Nationalrat Manfred Bühler und

«Jetzt nicht überregulieren!»

Mauro Tuena. Leider war für die Linken bereits diese kleine Verschärfung zu viel. Es geht uns um Opferschutz und nicht um Täterschutz. Auch der Grössteil der Bevölkerung sieht dies so. Erfreulicherweise waren 127 für die Verschärfung, aber leider ohne Übergangsbestimmung.

Nebenbei gab es diese Woche sehr viele Veranstaltungen mittags und auch am Abend. So zum Beispiel von der Bankenbranche, von Economieuisse, vom Gewerbeverband und vielen mehr. Es folgen auch viele Sitzungen der Rechtskommission und Fraktionsitzungen.



Fokus in dieser Herbst-Session am 22. und 25. September ist die Nachhaltigkeits-Initiative.

Bild: zVg

SOLLEN «KLEINKRIMINELLE» NICHT MEHR INS GEFÄNGNIS?

SP verniedlicht Straftaten

Die Waadtländer Anwältin und SP-Nationalrätin Jessica Jaccoud will Kleinkriminelle nicht mehr ins Gefängnis stecken. Ihre Fraktion will sämtliche Ersatzfreiheitsstrafen für Delikte von 5000 Franken Busse einfach abschaffen. Begründet wird dies damit, dass Armut von der Justiz nicht mehr bestraft werden soll.



Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär
Pfäffikon

Mehr als 40 Prozent aller Freiheitsentzüge erfolgen als Ersatz für eine Busse. In der Antwort auf Jaccouds Interpellation rechnet der Bundesrat vor, dass auf diese Ersatzfreiheitsstrafen rund 32 000 Vollzugstage entfielen. Wobei die durchschnittliche Dauer pro Vollzug acht Tage betragen habe.

Relativierung von Straftaten

Etwas eigenartig äussert sich der Bundesrat über die Aufhebung der Übertretung wegen Benutzens eines Fahrzeugs des öffentlichen Verkehrs ohne Fahrausweis. Der Verzicht auf strafrechtliche Sanktionierung hätte Entlastungen bei der Polizei und den Staatsanwaltschaften zur Folge, weil «weder Anzeigen behandelt noch Strafbefehle ausgestellt werden müssten. Diese Relativierung von Straftaten ist also bereits beim Bundesrat angekommen. Stattdessen würde sich die Exekutive

gescheitert darum kümmern, ob die Busenerhebung immer fair und gerechtfertigt ist. Das scheint vor allem beim ZVV nicht immer der Fall zu sein.

In unserer Gesellschaft ist eine Entkriminalisierung von sogenannten Bagatelldelikten im Gange. Das «Gratis-Klauen» wird vom Staat legitimiert, wenn wir nicht aufpassen. Die Schweiz gehörte einst zu den sichersten Ländern der Welt. Eine lockere Politik, eine inkonsequente Umsetzung der bestehenden Gesetze sowie die Öffnung der Grenzen führten dazu, dass unser Land heute in Europa zu den Staaten mit einer hohen Kriminalität zählt. Die Schweiz darf aber kein Eldorado für Kriminelle werden. Eine Politik mit spürbaren Strafen und einem konsequenten Vollzug ist endlich durchzusetzen. Das gesunde Rechtsempfinden darf nicht durch Verniedlichung von Straftaten zerstört werden.

Keine Einnahmequelle des Staates

Wer den gesellschaftlichen Frieden und die Sicherheit von Land und Bevölkerung gefährdet, muss hart bestraft werden. Bei Raub, Vandalismus oder Chaotentum müssen konsequent Gefängnisstrafen statt Geldstrafen ausgesprochen

werden. Für jugendliche Gewalttäter ist das mildernde Jugendstrafrecht ebenfalls zu verschärfen. Auch junge Leute sollen von Anfang an lernen, dass sich widerrechtliches Handeln nicht lohnt. Auf der anderen Seite sollte der gesetzestreue Bürger in Ruhe gelassen werden. Das Augenmerk von Polizei und anderen sicherheitsschaffenden Behörden hat nicht auf geringfügigen Verstössen zu liegen, sondern auf den schweren Vergehen und Verbrechen. Das Strafmass bei geringfügigen Verstössen, wie Tempoüberschreitungen, hat minimal zu sein und nicht als Einnahmequelle des Staates zu dienen.

Klassenkampf pur

Die SP will mit Jaccouds Vorstoss nichts anderes als Klassenkampf betreiben. Wenn arme Leute einen Diebstahl begehen, so ist das aus ihrer Sicht erklärbar und entschuldbar. Deshalb will die SP alle Delikte bis 5000 Franken Strafe nicht mehr ahnden. Das ist ein sehr hoher Wert! Er bewirkt eine Umwertung aller Werte! Er ist ein Freibrief, um «Mein» und «Dein» absichtlich zu verwechseln. Jaccouds Vorstoss führt schlussendlich dazu, dass Eigentum nicht mehr geschützt wird.

Aktionismus einer Nationalrätin

Die neue Präsidentin der männerfeindlichen SP-Frauen legt momentan einen regelrechten Aktionismus an den Tag. Nebst der Verharmlosung gewisser Straftaten will sie mittels Parlamentarischer Initiative auch erreichen, dass Schusswaffen bei Anzeichen von häuslicher Gewalt präventiv eingezogen werden. Das ist eine Stigmatisierung von Schusswaffen sowie Diskriminierung von Waffenbesitzern. Teile von FDP und Die Mitte unterstützen den parlamentarischen Vorstoss der Linksaussen-Nationalrätin Jaccoud.



Die SP will Ersatzfreiheitsstrafen für Delikte von 5000 Franken einfach abschaffen.

Bild: zVg

AUS DEM KANTONS RAT

Kontroverse Einzelinitiativen

Eine Einzelinitiative ist das Instrument des Volkes, einen Entscheid kritisch zu hinterfragen und gegebenenfalls zu korrigieren. Oder mindestens kundzutun, dass man nicht mit allem einverstanden sein muss. Leider ist dies in der «political bubble» aber nicht immer gern gesehen. Eintreten auf Einzelinitiativen ist aber obligatorisch. Und das ist richtig so!



Barbara Grüter
Kantonsrätin SVP
Rorbas

Eine Einzelinitiative von Hans-Peter Köhli möchte auch in der Berufslehre zwei Jokertage pro Lehrjahr einführen. Mittelschüler dürfen Jokertage beziehen und haben 13 Wochen Ferien. Berufsschüler im Vergleich nur 5 Wochen Ferien und keine Jokertage. Das sei eine Ungerechtigkeit, die man beheben müsse. 52 Ratsmitglieder, vermehrt auf linker Seite, stimmten dem Anliegen zu.

El – Aufhebung Rottweiler-Verbot im Kanton Zürich.

Seit Anfang 2025 gilt im Kanton Zürich ein Halteverbot für Rottweiler. So will es der Regierungsrat. Anschaffungen von Rottweiler-Hunden sind untersagt, bestehende Tiere müssen eine kantonale Bewilligung erhalten und einen Weseinstest bestehen. Auslöser waren zwei gravierende Beissvorfälle, die grosse öffentliche Aufmerksamkeit erregt haben.

Eine Einzelinitiative von Jürg Leuthold am vergangenen Montag im Kantonsrat wollte dieses Rasseverbot wieder aufheben. Die Unterstützung im Rat blieb aus. Warum eigentlich? Wie darüber zu befinden sei, war sehr heikel und auch nicht unumstritten. Die Sicherheitsbedenken nach Beissvorfällen sind nachvollziehbar. Der Regierungsrat argumentiert, dass ein solches Verbot die Bevölkerung besser schützt und künftige Risiken reduziert. Kritiker bezweifeln hingegen, dass ein Rasseverbot tatsächlich mehr Sicherheit bringt. Sie verweisen darauf, dass die Gefährlichkeit eines Hundes weniger von seiner Rasse als vielmehr von Haltung, Erziehung und Sozialisation abhängt. Ein pauschales Verbot könne zudem dazu führen, dass Hunde illegal gehalten werden. Oder noch schlimmer: Wer Rottweiler nun verbotenerweise hält, tut dies ausserhalb jeder Kontrolle. Das Risiko steigt, statt zu sinken. Verantwortungsvolle Halterinnen und Halter hingegen werden durch hohe Kosten und

unnötige Hürden bestraft – während unseriöse Importe aus dem Ausland weiter möglich bleiben. Was Zürich also wirklich bräuchte, wären konsequente Halte- und Ausbildungspflichten für alle Hundehalter, intensivere Kontrollen und eine breite Aufklärung. Sicherheit entsteht nicht durch pauschale Verbote, sondern durch Kompetenz und Verantwortung. Das Rottweilerverbot verschafft vielleicht ein Gefühl der Beruhigung – echte Sicherheit wird es leider nicht bringen. Nur gerade mal vier Kantonsräte unterstützten die EI. Das reichte für die Aufhebung des Verbotes natürlich nicht.

Verbot von 5G-Mobilfunkfrequenzen und Erste Hilfe in den Schulen

Zu diesen Initiativen wurde nicht einmal gesprochen, weder durch die Initianten noch durch ein Mitglied im Rat. Die EI erhielten keine Unterstützung.

El – Keine Steuergelder für Terroristen für Sorgfalt bei Spenden/Fördergeldern von Kanton und Gemeinden

Eine Einzelinitiative verlangte eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Bedauerlich ist, dass hier ein neues Gesetz

überhaupt erforderlich wird. Die EI will, dass von Kanton und Gemeinde keine Spenden ausgezahlt werden dürfen, wenn schweizerische Grundrechte verletzt würden. Unlängst wurden von der Stadt Zürich Spenden gesprochen, die den Zielen unserer Grundrechte zuwiderlaufen. Die SVP unterstützte daher die vorliegende Einzelinitiative im Sinne einer Lex Zürich. Diese EI kam mit 77 Stimmen zustande. Die Initiative wird nun dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag überwiesen.

Der Kanton Zürich setzt sich ein für die Anerkennung von Palästina als eigenen Staat.

Markus Hochuli verlangt in seiner EI Anerkennung durch den Kanton Zürich von Palästina als eigenen Staat. Allerdings fällt diese Aufgabe in den aussenpolitischen Bereich und daher ist der Bund zuständig. Künstliche Debatten zu führen, wo sie nicht hingehören, ist verlorene Zeit. Sollte dieses Thema die Bevölkerung wie von linker Seite erwähnt tatsächlich umtreiben, so gibt es die Möglichkeit einer Volksinitiative. Somit wäre das Thema wieder auf nationaler Ebene und am richtigen Ort. Auch diese EI erreichte das erforderliche Quorum nicht.



Ein aufmerksamer, gut erzogener Rottweiler.

Bild: Liz Grüter, Steinmaur

WORTE DES PARTEIPRÄSIDIUMS DER SVP STADT ZÜRICH

Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen

Die Pläne waren schon lange bekannt, doch nun hat der linksgrüne Zürcher Stadtrat vergangene Woche sein sogenanntes Weissbuch «Aufbruch in den Stadtraum Hauptbahnhof 2050» offiziell vorgestellt. Kurz zusammengefasst formuliert die Stadtregierung darin ihre Vision eines autofreien Zürcher Hauptbahnhofs. Es ist kein Geheimnis, dass Linke und Grüne ausgewiesene Autofeinde sind. Mit ihrer Vision, den Individualverkehr rund um den wichtigsten Verkehrsknotenpunkt der Schweiz einfach abwürgen zu können, tritt aber ein neues Niveau der Realitätsverweigerung zutage.

Übergeordnetes Recht wird ignoriert

Geht es nach dem Zürcher Stadtrat, soll das Auto in den nächsten Jahrzehnten fast vollständig von den Strassen rund um den Hauptbahnhof verschwinden – gerade mal ein paar Taxis und der allernötigste Gewerbeverkehr wären um den HB noch zugelassen. In luftigen Worten und schönen computergenerierten Bildern wird diese Vision im Weissbuch auf über 160 Sei-

ten ausgebreitet. Eine Vision, die sich gemäss heutigem Recht gar nicht umsetzen lässt: Gemäss Artikel 104 der Kantonsverfassung ist ein einseitiger Kapazitätsabbau auf Kantonsstrassen nicht erlaubt; und weil der Hauptbahnhof fast vollständig von Kantonsstrassen umrandet wird, verstösst dieses Projekt im Kern gegen übergeordnetes Recht. Der Stadtrat scheint dies einfach auszublenden.

Massloses Wachstum bremsen

Natürlich geht es rund um den Hauptbahnhof manchmal etwas hektisch zu und her: Der Platz für Fussgänger ist begrenzt und manch ein Stadtbewohner würde sich insgeheim wohl über mehr Grünflächen und Flanierzonen freuen. Dies ändert aber nichts an der Tatsache, dass Zürich eine pulsierende und lebendige Stadt ist, die aufgrund der nicht abreissenden Zuwanderung bis 2050 weiter anwachsen wird. Auch das Mobilitätsbedürfnis der Bevölkerung wird weiter wachsen, es wird sich aber nicht ausschliesslich mit Tram, Bus, Velo und Fussverkehr bewältigen lassen. Eine moderne Stadt

muss alle Verkehrsträger in Einklang bringen. Anstatt einseitig das Auto zu verteufeln, müsste eine kluge Politik endlich die Zuwanderung wirksam begrenzen und für ein massvolles und verträgliches Wachstum unserer schönen Stadt sorgen.

Es ist nicht verboten, Visionen für eine bürgerfreundliche und intelligente Stadtentwicklung zu formulieren. Im Falle des Weissbuchs «Stadtraum Hauptbahnhof Zürich 2050» gelten jedoch die klugen Worte des Altbundeskanzlers Helmut Schmidt: Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen. Am 8. März 2026 sind Stadt- und Gemeinderatswahlen: Die SVP muss und wird diese Wahlen gewinnen – damit die Stadtbevölkerung zukünftig vor solch schädlichen Visionen verschont bleibt.



von
Ueli Bamert

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Von Einzelinitiativen und parlamentarischen Vorstössen



Lorenz Habicher
Kantonsrat SVP
Zürich

Bei Einzelinitiativen hat sich im Kantonsrat ein gängiges Ritual etabliert, was heisst: «nicht sprechen, nicht unterstützen und die Sache hat sich erledigt». Natürlich wäre dies etwas respektlos, wenn sich nicht auch politische Nuancen und Präferenzen, somit die Unterstützung einzelner Ratsmitglieder und Fraktionen, dabei ergeben würden. Die Einzelinitiative (EI) ist das verfassungsmässige Recht eines Stimmberechtigten, sein politisches Anliegen in den Zürcher Kantonsrat einzubringen. Eine konkrete Hürde ist das Quorum von 60 unterstützenden Stimmen, damit es anschliessend zu einem Kantonsratsgeschäft wird.

Ein bunter Strauss, aus allgemeinen Anregungen und Wünschen, als Einzelinitiativen verpackt.

Die gewählten Mitglieder des Kantonsrates mögen Einzelinitiativen nicht. Es ist ein bisschen, wie in die politische Suppe spucken, denn eine EI zeigt meist etwas auf, was gewählte Politiker nicht oder zu wenig beachtet haben oder, aus welchen politischen Gründen auch immer, nicht bearbeiten wollen. Eine EI heisst schon fast, liebe Politiker, da sich niemand um etwas kümmern will, muss der Stimmbürger selbst seine Gedanken und eine Eingabe dazu machen ... Von Vorteil ist, wenn es auch die kantonale Politik (Zuständigkeit) betrifft. Diese direktdemokratische Besonderheit gilt es zu bewahren, auch wenn einzelne Wünsche/Ansinnen dabei nicht wirklich zuträglich sind.

Auch an diesem Montagmorgen wurde ein bunter Strauss Einzelinitiativen im Zürcher Kantonsrat besprochen. Dabei wurden Hoffnungen und Erwartungen der

Initianten von den Voten der Politiker mehrheitlich demoliert und begraben ... Somit ist ein guter Teil davon «politische Show» und auch wenn eine EI dieses «Theater» (ob Drama oder Lustspiel, ich überlasse anderen, dies zu würdigen) übersteht, ist noch nichts gewonnen oder geändert. Die zuständige Kommission kann nach Beratung und Diskussion auch zu einem Ablehnungsantrag (der Einzelinitiative) und dem «schicklichen Begräbnis» als Resultat kommen. Die mit 77 Stimmen einzige überwiesene EI «keine Steuergelder für Terroristen» dürfte also weiterhin für politischen Sprengstoff (Gesprächsstoff) im Kantonsrat sorgen.

Parlamentarische Initiativen, für Anregungen und Wünsche, der Mitglieder des Kantonsrates.

Das Gegenstück zur Einzelinitiative bildet für Mitglieder des Kantonsrates die Parlamentarische Initiative (PI). Diese wird in einem zweistufigen Verfahren behandelt und benötigt auch ein Quorum von 60 Stimmen zur Überweisung. Eine PI ist ein klassisches «Buebetrickli», um eine politische Frage, die (noch) nicht mehrheitsfähig ist, trotzdem zu behandeln ...

Wer als Kantonsrat konkret und korrekt, also «richtige Gesetzgebung», machen will, nutzt die Motion, welche der Regierung einen klaren Auftrag erteilt. Nur ist dieses politische Instrument, im Gegensatz zur PI, eben etwas anspruchsvoller und bedarf einer Mehrheit der anwesenden Ratsmitglieder zur Überweisung. Nun will die Ratslinke aus SP, AL und Grünen also vier Gesetzesänderungen anstossen, um einen automatischen, vollen, jährlichen Teuerungsausgleich bei den vier selbstständigen, kantonalen Gesundheitsinstitutionen festzulegen. Nur dank der Unterstützung der EVP-Fraktion (7 Mitglieder) gelang dies den verkappten Angestellten, Antragstellende in eigener Sache, jeweils denkbar knapp mit 64 Stimmen.

Hony soit qui mal y pense... (altfranzösisch; beschämt sei, wer Schlechtes denkt).

STEUER-SCHWINDEL NEIN!

Geschätzte Mitglieder, Ihre Unterstützung ist gefordert!

Die Unterschriftensammlung für das Referendum gegen die Individualbesteuerung läuft derzeit noch nicht ganz optimal – es wird eng! Um die benötigten 50 000 Unterschriften bis zum 30. September 2025 zu erreichen, braucht es nun einen grossen Effort – nur gemeinsam erreichen wir unser Ziel!

Wir bitten Sie, in den nächsten Wochen bei der Gelegenheit – seien es Standaktionen, Podien, Mitgliederversammlungen und weitere Anlässe – Unterschriften für das Referendum sowie unsere Heimatinitiative zu sammeln und umgehend einzuschicken.

Sowohl Referendums- als auch Initiativbögen können jederzeit beim Sekretariat bestellt werden: telefonisch unter 044 217 77 66 oder via E-Mail an sekretariat@svp-zuerich.ch.

Ebenso können Sie Unterschriftenbögen online herunterladen, unterschreiben und direkt einsenden.

Jetzt unterschreiben & direkt einsenden!



Wir zählen auf Ihre Unterstützung und danken Ihnen für Ihren Einsatz!

Scannen Sie den QR-Code, um die aktuellen Videos der SVP Kantonsratsfraktion zu sehen.



KEHRTWENDE IM THEMA KERNKRAFT

Für eine sichere Stromversorgung

Im August verkündete der Bundesrat sein Vorhaben zur Pflichterfüllung der sicheren, sauberen und zahlbaren Stromversorgung in der Schweiz. Mittels seines direkten Gegenvorschlages zur Black-Out-Initiative schlägt er der Bevölkerung die Abschaffung des Kernkraftverbotes vor.

Vielleicht fragt sich nun der eine oder die andere, weshalb dieser Schwenker? Hat doch der Bundesrat vor acht Jahren das Kernkraftverbot noch propagiert. Liegt es an seiner Zusammensetzung? Nein, die Parteien sind nach wie vor in gleicher Stärke in der Landesregierung vertreten. Sind es neue Erkenntnisse in seiner Energiestrategie 2050? Auch das ist nicht der Fall. Die Fachleute und der Bundesrat kennen seit den Netto-Null Diskussionen zum CO₂ den sich anbahnenden Strombedarf infolge der Dekarbonisierung. Nun, welche Eingebung hat dann zu diesem Umdenken bewogen? Es sind die Erfahrungen aus der Praxis der Stromproduktion. Wind- und Sonnenstrom sollen es richten. Hochalpine Solaranlagen seien unsere

Retter und Windkraftanlagen würden zu einem beachtlichen Teil zur Stromversorgung beitragen. Notabene für den doppelten Strombedarf im Jahr 2050 infolge dem CO₂-Netto-Null-Ziels. Die Realität kommt doch nun langsam in den Vordergrund. Von den 34 Projekten im Solarexpress werden lediglich vier Projekte ausgeführt. Die AXPO reduziert die Stromerwartungen von diesen Anlagen um 92% von 10 auf 0,8 Terawattstunden. Windkraftanlagen hinken aktuell massiv. Ein durchschnittlicher Wirkungsgrad von 17% von Windkraftanlagen kann den dringend benötigten Strom auch nicht zur Verfügung stellen. Die sogenannte nachhaltigen, so hoch gelobten Energieproduktionen versagen also. Hingegen verkündete die

AXPO, als immerhin grösstes, schweizerisches Stromversorgungsunternehmen, im vergangenen Frühling, es brauche nun Gaskraftwerke zur Sicherung der konstanten Schweizer Stromversorgung. Ganz in der Manier: weg von Öl und Gas mithilfe von Öl und Gas. Das hier etwas nicht stimmen kann, merkt ein Drittklässler. Fazit: Unter Berücksichtigung dieser erfahrenen Fakten hat der Bundesrat die Kehrtwende im Thema Kernkraft aufgegriffen. Das Thema Kernkraft muss also wieder objektiv diskutiert und in die verschiedenen Energieversorgungsszenarien miteinbezogen werden.

Paul von Euw
Kantonsrat, Bauma

FRAKTIONSERKLÄRUNG DER SVP/EDU-FRAKTION

Anschlag auf Schwamendinger Chilbi: Selbsternannte Antifaschisten gefährden die Demokratie

Es ist noch nicht lange her, seit zwei Vorzeigedemokratinnen in Höngg eine Standaktion der SVP mit Sirup verschmiert haben. Auch am Chreis9-Fäschd kam es zu Störaktionen und am Riesbachfest wurde die FDP Opfer eines Angriffs.

Nun haben die vermeintlich toleranten Kämpfer gegen rechts wieder zugeschlagen: Vandalen haben in der Nacht auf Samstag den SVP-Stand an der Schwamendinger-Chilbi komplett zerstört und mit Hassbotschaften verschmiert. Der Sachschaden geht in die Tausende. Die SVP sieht sich seit Jahren immer wieder mit Angriffen und Verunglimpfungen konfrontiert, doch mit dem Vandalenakt vom vergangenen Wochenende ist ein neuer, alarmierender Tiefpunkt

erreicht: Wenn selbsternannte Antifaschisten sich lupenreiner faschistischer Rezepte bedienen, um den politischen Gegner einzuschüchtern, dann ist die Demokratie an sich gefährdet. Ein Lichtblick immerhin: Die Solidarität unter den Schwamendinger Parteien am Morgen nach dem Überfall war gross: Aus allen politischen Lagern wurde Wiederaufbauhilfe geleistet. Herzlichen Dank an dieser Stelle! Trotzdem, so kann es nicht weitergehen: Rechte Parteien werden in den Medien und vom politischen Gegner immer wieder unverhältnismässig stark kritisiert und verunglimpft. Die unsachliche und polemische Berichterstattung «gegen rechts» animiert linksradikale Chaoten geradezu zu solchen Straftaten und die Hetze linker Politiker gibt ihnen zusätzliche Legitimation für ihr Treiben. In diesem Zusammenhang geradezu sinnbildlich: Der linke Zürcher Stadtrat hat letzte Woche die Schaffung einer «Fachstelle Extremismus» angekündigt. Als Begründung gibt er an, dass «Queer,

Ausländer- und Muslimfeindlichkeit, Antisemitismus sowie die Befürwortung von Verschwörungstheorien» zunehmen. Mit Abstand am häufigsten kommt politische Gewalt allerdings aus der linksradikalen Ecke. Dies scheint die Zürcher Stadtregierung nicht zu interessieren. So lange massgebliche politische Kräfte und der Grossteil der Medien auf dem linken Auge blind sind, wird sich nichts an der Situation ändern. Wir fordern daher alle Parteien in diesem Rat auf, entschlossen gegen jede Form von Extremismus Stellung zu beziehen. Dieses Mal war es nur Sachschaden und ein ideeller Verlust für die Betroffenen. Betrachtet man jedoch die zunehmende kriminelle Energie, welche die Täter an den Tag legen, ist es nur eine Frage der Zeit, bis auch Personen zu Schaden kommen. Diese rote Linie darf unter keinen Umständen überschritten werden.

Ueli Bamert,
Präsidium SVP Stadt Zürich,
Kantonsrat



Das komplett zerstörte SVP-Zelt an der Chilbi spricht Bände. Bild: zVg

ZU DEN EU-VERTRÄGEN

Aufgedeckt: Eine Zustimmung zu den EU-Verträgen bringt vermehrte Rechtsunsicherheit

Das Bundesgericht gibt Nationalrat Thomas Matter zwar keine Antwort. Doch keine Antwort ist auch eine Antwort.

SVP-Nationalrat Thomas Matter forderte mit einer Interpellation vom Bundesgericht direkt Klarheit, wie das höchste Gericht bei Annahme der EU-Verträge mit diesen umgehen werde und ob das EU-Recht gegenüber der Schweizerischen Bundesverfassung Vorrang habe. Das Bundesgericht sah sich aus rechtlichen Gründen als nicht dafür zuständig, die Fragen zu beantworten, da es nur einzelne Streitfälle beurteilen, hingen nicht allgemeine Rechtsfragen beantworten darf.

Hintergrund bildet ein Leiturteil aus dem Jahre 2015. Hintergrund bildete ein Leiturteil aus dem Jahre 2015. Damals hatte die zweite öffentlich-rechtliche Abteilung des Bundesgerichts entschieden, dass Staatsverträge, auch wenn sie bloss vom Parlament, nicht jedoch wie Verfassungsänderungen von Volk und Ständen gutgeheissen wurden, der Bundesverfassung voringen. Den Entscheid fasste die zweite öffentlich-rechtliche Abteilung allein ohne die m.E. notwendige Konsultati-

on der damals übrigen sechs Abteilungen. Es fehlte somit die Zustimmung des Gesamtgerichts. Die Interpellation Matter ist das Gegenteil von «nutzlos» Man könnte wegen der Nichtbeantwortung der Fragen von Thomas Matter meinen, seine Interpellation sei nutzlos gewesen. Der Fall bildet jedoch das pure Gegenteil. Das Bundesgericht verwies die Sache an das Bundesamt für Justiz und an die Diplomaten, welche die EU-Verträge ausgehandelt haben. Das BJ verkündet gebetsmühlehaft in Übereinstimmung mit den EU-Turbos konstant, auch ohne die Annahme durch die Stände würden die EU-Verträge zu mehr Rechtssicherheit führen. Doch auch dafür gilt das Gegenteil: Das Bundesgericht könnte seinen Entscheid aus dem Jahre 2015 bei Gelegenheit jederzeit ändern. Das Gesamtgericht könnte befinden, da die Verträge nur vom Volk gutgeheissen worden seien, ginge die Schweizerische Bundesverfassung vor. Damit würde das Ganze wie ein Karten-

haus zusammenfallen. Man kann sich fragen, ob die Notwendigkeit des Ständemehrs verleugnenden EU-Turbos bewusst oder unbewusst dieses Szenario nicht bedacht haben. Ist man sich bewusst, dass ein nicht geringes Risiko besteht? Das Gesamtgericht ist frei. Das ist die Erkenntnis des Vorstosses von Nationalrat Thomas Matter. In diesem Zusammenhang ist jedenfalls bemerkenswert, dass Katharina Fontana in der NZZ kürzlich den Direktor des BJ wörtlich zitierte, als dieser die Frage nach der Notwendigkeit des Ständemehrs mit den Worten beantwortete: «Ich glaube nicht». Die Stimmbürgerschaft erwartet jedoch kein Glaubensbekenntnis, sondern eine sorgfältige, von Verantwortung getragene Risikoanalyse. Dabei ist zu bedenken, dass das Bundesgericht jederzeit einen anderen Entscheid als im Jahre 2015 fällen kann. Die Rechtssicherheit wird jedenfalls bei einer möglichen Annahme der EU-Verträge nicht sicher.

Prof. Dr. Karl Spühler,
Alt Bundesrichter, Winterthur

SVP WINTERTHUR – SEKTION SEEN

SVP Seen an der «Seemer-Dorfet» in Winterthur

Am vergangen Wochenende war es wieder soweit. Unter der Leitung von OK-Präsident Manuel Zanoni, Jan Ehrbar (Stadtparlament) und dem Präsidenten der JSVP, Tim Kramer, war auch die SVP-Sektion Seen mit einem Stand und «Bullriding» sichtbar an der «Seemer-Dorfet» vertreten.

Es ist unbestritten, dass die SVP auch in linksgrünen Städten sichtbar sein muss, damit sie sich direkt mit der Bevölkerung austauschen und den Puls der Zeit fühlen kann. Unter den illustren Helfern standen neben unserem Stadtratskandidaten Christian Hartmann und Parteipräsident Marco Graf auch

Kantonsrat und Fraktionspräsident Tobias Weidmann und Kantonsrat René Isler und viele weitere SVP-Mitglieder im Einsatz. An dieser Stelle allen Helfenden ein grosses Dankeschön.

René Isler
Kantonsrat SVP, Winterthur



Von links nach rechts: Präsident JSVP Winterthur, Tim Kramer, KR Tobias Weidmann, OK-Präsident Manuel Zanoni, KR René Isler und Präsident SVP Seen Jan Ehrbar. Bild: zVg

SVP BEZIRK HINWIL

Heimspiel an der Zürcher Oberland Messe

An der grössten Publikumsmesse des Kantons Zürich war die SVP, wie in allen Jahren, mit einem Stand vertreten. Teilweise wurde der Stand von Besucherinnen und Besuchern nahezu überrannt.

Die Unterschriften für die Heimatinitiative sammelten sich, auch dank der Unterstützung der National- und Kantonsräte, nahezu von selbst. Auch beim Referendum konnte ein gutes Resultat erzielt werden. Die Abstimmungsvorlagen vom 28. September 2025 waren eine gute Basis für weitere interessante Gespräche mit Besucherinnen und Besuchern. In den fünf Messtagen hatten wir rund 40 Helfende in zehn Schichten am Stand. Wir sammelten ca. 1000 Unterschriften für die Heimatinitiative und 450 für das Referendum. Es durften 100kg Äpfel und 800 Baumerfladen ver-

teilt werden. An dieser Stelle gilt der Konditorei Voland ein riesiges Dankeschön, welche uns die Baumerfladen und die Zwischenverpflegung des Standpersonals gesponsort hat. Ein weiterer grosser Dank geht an alle Helfenden, welche die Standaktion in dieser Art erst möglich gemacht haben. Die nächste ZOM wird voraussichtlich vom 2. bis am 6. September 2026 durchgeführt. Bis dann...

Markus F. Rebsamen,
Mitglied der Parteileitung SVP
Bezirk Hinwil,
Wetzikon



Einen menschenleeren SVP-Stand gab es an der ZOM nur vor der Türöffnung und nach dem Schluss. Bild: zVg

Einladung zum 16. Ungarnhausfest

Podiumsgespräch
Beginn 15:00 Uhr

Roger Köppel
Verleger und
Chefredakteur
der "Weltwoche"

Dr. Zoltán Szalai
Generaldirektor des
Matthias Corvinus
Collegium (MCC)

Dr. Zoltán Kiszely
Direktor für politische
Analysen, Századvég-
Stiftung, Dozent

Gemeinschaftszentrum Buchegg
8057 Zürich, Bucheggstrasse 93.
Eintritt Erwachsene 10 CHF (Podiumsgespräch +10 CHF), unter 18 Jahren 5 CHF, unter 5 Jahren gratis

13. September 2025
ab 10:30 Uhr

Familienprogramm
Kindertanzhaus,
Kinderaktivitäten, Vorführungen,
Volkstanzhaus, am Abend Retro
und Rock and Roll Party

Den ganzen Nachmittag
Warenmarkt, Gulasch,
Langosch, Baumstriezel,
Ungarische Spezialitäten

Programm:
www.magyarhaz.ch
Info: zume@gmx.ch

SEKTIONEN AUS DEM BEZIRK BÜLACH

Sternmarsch zum Aussichtsturm im Hardwald

Am 29. August 2025 versammelten sich über 60 Mitglieder aus den SVP-Sektionen Opfikon, Dietlikon, Bassersdorf, Wallisellen und Kloten zum traditionellen Sternmarsch im Hardwald. Die Veranstaltung, die inzwischen zur festen Grösse in der Region geworden ist, bot bei durchgezogenem, aber trockenem Wetter sowohl Gelegenheit zur Bewegung in der Natur als auch zur politischen Diskussion.

Die Teilnehmenden starteten aus verschiedenen Richtungen und fanden sich schliesslich beim Hardwaldturm ein. Dort begrüsst sie Christian Pfaller, Kantonsrat und Bezirkspräsident der SVP Bezirk Bülach, mit den Worten:

«Spazieren – gute Gespräche – Wurst, Brot und Getränke, was braucht es mehr für einen gemütlichen Abend.»

Im Mittelpunkt des Anlasses standen die Informationen von Nationalrat Lukas Reimann, der trotz eines vollen Terminkalenders die Einladung angenommen hatte und aktuelle Themen aus der Bundespolitik präsentierte. Lukas Reimann zeigte in seinem Referat die möglichen Folgen der angestrebten EU-Verträge auf: So könnte es zu umfassenden Anpassungen von Gesetzen und Verordnungen auf kommunaler und kantonaler Ebene kommen, wobei die Mitsprache der Bevölkerung eingeschränkt wäre. Im Bildungswesen würden nach Einschätzung von Lukas Reimann erhebliche Mehrkosten entstehen, während in der Gesundheitspolitik insbesondere die Qualitätssicherung kritisch betrachtet werden müsse. Auch die Sozialhilfe wurde thematisiert, da künftig alle EU-Bürger Anspruch darauf

haben könnten. Die Energiepolitik mit ihren Auswirkungen auf Versorgungssicherheit und Preisgestaltung bezeichnete Lukas Reimann als besonders ungewiss.

Die Verpflegung während und nach dem Anlass bestand aus frisch gegrillten Bratwürsten, Brot und kühlen Getränken, welche mit zwei Lastenvelos umweltbewusst zum Treffpunkt gebracht wurden. Zusammenfassend bot der Sternmarsch reichlich Zeit für persönliche Begegnungen und den Austausch unter Gleichgesinnten und Sympathisanten der verschiedenen SVP-Ortssektionen. Der Anlass bestätigte einmal mehr die Bedeutung und Zusammenarbeit der Ortssektionen im Bezirk Bülach innerhalb der Partei.

Danke an die Teilnehmenden und an die Ortssektion Opfikon für die Organisation.

Christian Pfaller,
Kantonsrat & Bezirkspräsident der SVP Bezirk Bülach



Traditionelle Anlässe werden im Bezirk Bülach gepflegt. Bild: zVg

SVP USTER – MEHR ALS ERFOLGREICHES STADTFEST

SVP Uster am Stadtfest – drei Tage voller Begegnungen, Politik und Genuss

Die SVP Uster blickt auf ein rundum erfolgreiches Stadtfest zurück. Während dreier Tage durften wir mitten in Uster unzählige Besucherinnen und Besucher an unserem Stand begrüssen und mit ihnen ins Gespräch kommen.

Der Auftakt war prominent: Nach seiner Eröffnungsrede besuchte Bundesrat Albert Rösti unseren Stand und setzte damit ein starkes Zeichen der Unterstützung. Auch unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Gemeindewahlen 2026 standen im Zentrum – flankiert von Vertreterinnen und Vertre-

tern aus dem National- und Kantonsrat, die für einen gut sichtbaren Auftritt sorgten.

Nebst der Politik kam auch das Kulinarische nicht zu kurz: Unser feines Raclette und der beliebte Gin fanden grossen Anklang. Die vielen positiven Rückmeldungen haben uns gezeigt, dass wir mit unserem Weg richtig liegen. Besonders erfreulich war zudem der Zuwachs an Neumitgliedern, die wir am Stadtfest gewinnen konnten.

Von zentraler Bedeutung war aber die Mobilisierung für die Abstimmung vom 28. September. Unser Stand bot die ideale Gelegenheit, die Bevölkerung direkt anzusprechen, auf die Wichtigkeit der kommenden Abstimmungen hinzuweisen und klar zu machen, warum ein NEIN zum utopischen Energiegesetz (kantonale Abstimmung), ein JA zur Abschaffung des Eigenmietwerts (Bundesbeschluss über die kantonalen Liegenschaftssteuern auf Zweitliegenschaften) und ein NEIN zur E-ID nötig sind. Gleichzeitig konnten wir zahlreiche Unterschriften für laufende SVP-Initiativen und -Referenden sammeln.

Genau solche Aktionen und diese Präsenz vor Ort sind entscheidend: Nahe beim Volk, sichtbar im Alltag und direkt im Gespräch. Nur so können wir aufzeigen, dass die SVP die einzige Kraft ist, die sich konsequent für die Anliegen der Bevölkerung einsetzt.

Für die SVP Uster war das Stadtfest 2025 deshalb nicht nur ein gesellschaftlicher Höhepunkt, sondern vor allem auch ein politischer Erfolg. Wir bleiben motiviert, diesen Schwung mitzunehmen und uns mit voller Kraft für eusi Lüt einzusetzen.

Daniel Schnyder,
Gemeinderat Uster,
Präsident SVP Uster



Zahlreiche Gäste gönnten sich ein feines Raclette oder besten Gin. Bild: zVg



Mandatsträger und Helfende bei bester Laune mit Bundesrat Albert Rösti am Stadtfest Uster. Bild: zVg

IM DILEMMA

Bleibt da noch Hoffnung?

Als ich mich für eine Partei entschied, waren FDP und SVP noch sehr ähnlich. 1975 verloren die Bürgerlichen die Wahlen. Die FDP sah das Heil darin, sich nach links auszurichten, und in der SVP gab es ähnliche Stimmen für eine «Öffnung». Ich widersetzte mich: «Wir sind und bleiben eine liberal-konservative Partei.»



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

In den 1990er-Jahren ging es dann um die Europapolitik. Die regierenden Kreise wollten, dass die Schweiz den EWR-Vertrag unterzeichnet. Damit sollte sich die Schweiz verpflichten, für alle Zeiten die EU-Gesetze zu übernehmen, um schliesslich ganz der EU beizutreten. Die Stimmbürger und die Kantone sagten «Nein».

Die Mehrheit der SVP hatte die Kraft, weiterhin für die Schweiz und deren Unabhängigkeit einzustehen. FDP und CVP hingegen haben später sogar einen EU-Beitritt beschlossen. Vor allem deswegen wechselten viele enttäuschte Wähler von FDP und CVP – heute die Mitte – zur SVP.

Wegen der seinerzeitigen «Öffnung» haben FDP und Die Mitte jetzt verschiedene Flügel. Niemand weiss mehr, wohin sie die Schweiz lenken. Mit den neu geplanten EU-Verträgen sind sie wieder im Dilemma. Es stellt sich erneut die Frage: Wollen wir die Schweiz preisgeben? Wollen wir Brüssel als Gesetzgeber? Und wollen wir den EU-Gerichtshof – also fremde Richter – anerkennen? Und dies für nichts. Das wäre das Ende einer freien, selbstbestimmten, erfolgreichen Schweiz.

Dass dies den Linken gleichgültig ist, verwundert nicht. Ob die Mitte-Partei merkt, wie sehr sie diese Frage gefährdet, wird sich zeigen. Und die FDP hat zwei Götter, einerseits die Economie-suisse, vor allem die Pharma mit ihren meist ausländischen Managern, und andererseits die Classe politique – vor allem die Verwaltung, die den Kopf längst nicht mehr in der Schweiz hat. Bleibt da noch Hoffnung?



Sicherlich wollen wir nicht Brüssel als Gesetzgeber und werden überrollt! Bild: zVg

DIREKT AUS BUNDESBERN

mit den Nationalräten

Gregor Rutz und Mauro Tuena

Donnerstag
18. Sept. 2025
20.15 Uhr



Ort:
Ref. Kirchgemeindehaus
Rösslirain 2, 8702 Zollikon

Im Anschluss sind alle herzlich zu einem Apéro eingeladen!

svp-zollikon.ch



Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite im Impressum.



Fadegrad



von Tobias Infortuna

Gutes Klima dank Koran

Die Abstimmung über das masslos übertriebene Energiegesetz steht im Kanton Zürich kurz bevor. Bei einer Zustimmung drohen Verbote, die uns ins Reich der Taliban katapultieren würden – moderne Errungenschaften wären dann nicht mehr erwünscht. Falls das Stimmvolk der Empfehlung der SVP folgt, was zu hoffen ist, dann müssen alle Grünen, Linken und Talibans aber nicht verzweifeln, denn Hilfe ist da – Koran sei Dank. Denn Asmaa El Maaroufi, Professorin für Islamwissenschaften an der Universität Münster in Deutschland, ist davon überzeugt, dass der Koran den Menschen in allen Lebenslagen helfen könne, also auch beim Thema Klima. Und das, obwohl vor 1400 Jahren, als der Koran verfasst wurde, noch nicht jedes Wetterphänomen als Klimakrise gedeutet wurde. Besonders die Ratschläge in Sure 17 «Esst, trinkt, aber seid nicht masslos» und «stiftet auf der Erde kein Unheil» seien als Aufruf zu verstehen, gegen den Klimawandel aktiv zu werden. Wie meinen Sie? Hinweise, Mensch und Natur zu achten, finde man auch in der Bibel? Natürlich, ja, aber ich muss doch sehr bitten, ein bisschen mit der Zeit gehen sollte man schon. Also zitieren Sie gefälligst den Koran und nicht die Bibel. Im Kanton Zürich befürwortet auch die ehemals christliche Mitte das Energiegesetz. Vielleicht will die Partei damit zeigen, dass sie nicht weniger modern ist als der Islam. In diesem Fall: Rückschritt statt Fortschritt. Professorin El Maaroufi wird ergänzt von Ilhaam El-Qasem, Sprecherin einer deutsch-muslimischen Umweltorganisation. Sie deutet die Anweisung im Koran zum Fleischkonsum (kein Fleisch von Tieren verzehren, die Schmutz gegessen haben) als klares Bekenntnis gegen die moderne Landwirtschaft, die den Tieren Chemikalien verfüttern würde. Aus diesem Grund liege eine vegetarische (noch besser: vegane) Ernährungsweise auf der Hand. Das käme dann auch dem Klima zugute. Wie praktisch: Neben dem Klima können Linke und Grüne nun auch noch den Koran dazu verwenden, die Bauern zu kritisieren. Darauf haben wir doch alle gewartet. Nachdem Greta endlich fast gänzlich aus den Medien verschwunden ist, übernehmen nun muslimische Frauen die grüne Missionierung. Beide hier erwähnte Expertinnen für Religion und Klima tragen Kopftuch als Schutz gegen die klima- und menschenerwärmende Sonne. Oder wegen des Islams? Man weiss es nicht genau. Sicher ist aber, dass das Energiegesetz im Kanton Zürich abgelehnt werden muss. Die betreffende Empfehlung finden Sie sicher irgendwo im Koran.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Linksextremer Anschlag auf die Demokratie

Es sind Zustände, die so gar nicht zur Schweiz passen: Eine gewalttätige Anschlagsserie gegen die SVP in der Stadt Zürich erschüttert die Öffentlichkeit. Vor wenigen Tagen haben Linksextreme erneut einen SVP-Stand verwüstet und mit Hassbotschaften verschmiert. Es ist ein Anschlag auf die Demokratie und freie Wahlen sind in Gefahr. Was sind die Hintergründe?



Samuel Balsiger
Gemeinderat und
Fraktionspräsident SVP
Zürich

Am Mittwoch vor dem Anschlag beantragte die SVP die Dringlichkeit ihres Vorstosses, dass jede politische Gewalt in einem jährlichen Kurzbericht zusammengefasst wurden soll. Der Linksextremismus überwiegt deutlich und wird von der SVP im Parlament seit Jahren lautstark kritisiert. Zudem reichte die SVP an der Sitzung vor dem erneuten Anschlag einen Vorstoss ein, der namentlich die Schwamendinger Chilbi und alle sonstigen nicht-gewinnorientierten Vereine von den Staatsgebühren befreien will. Zwei Tage nach diesen beiden parlamentarischen Vorstössen kommt die Antwort der Linksradikalen: Mit brachialer Gewalt wird der Stand an der Schwamendinger Chilbi verwüstet, an dem die SVP mit der Bevölkerung in Kontakt treten will. Das kann kein Zufall sein.

Mit Gewalt gegen die Opposition

Die Botschaft hinter dem Anschlag ist klar: «Wir Linksextremen wissen, was

ihr im Stadtparlament macht – hört auf, parlamentarisch aktiv zu sein.» Dass die politische Opposition mit Gewalt an der Ausübung ihrer Rechte gehindert werden soll, erinnert an die Zustände in der Weimarer Republik vor rund hundert Jahren. Die linke Gewalt richtet sich gegen alles, was in der direkt-demokratischen Schweiz zum Alltag gehört: Wir akzeptieren auch unterschiedliche Meinungen und die harten (auch provokanten) Debatten führen wir in der politischen Arena aus – und nicht auf der Strasse mit Gewalt und Fäusten.

Freie Wahlen in Gefahr

Muss die SVP nun bei jeder Veranstaltung befürchten, dass Linksradikale erneut zuschlagen? Sind unter diesen Umständen demokratische, freie Wahlen im März 2026 überhaupt noch möglich? Fakt ist: Die freie Meinungsäusserung ist nicht mehr garantiert. Welche Auswirkung hat die linke Gewalt zudem auf die Besetzung der Wahllisten? Es wäre nachvollziehbar, wenn einige Kandidaten und Kandidatinnen auf die Nomination für die Wahlen 2026 verzichten, weil sie ihre körperliche Unversehrtheit nicht riskieren wollen. In der rotgrün dominierten Stadt Zürich herrschen also unhaltbare Zustände. Das Geschwafel der

Linken von «Toleranz» erscheint umso grotesker.

Nährboden der Gewalt

Sicherheitsvorsteherin Karin Rykart machte übrigens, was sie immer macht, wenn sie vor einem sicherheitspolitischen Scherbenhaufen steht: Sie verurteilt die Tat mit ein paar Worten und geht zum Alltag über (an der Chilbi-

Bar der Grünen schenkte sie nach dem Anschlag Drinks aus, als ob nichts gewesen wäre). Hinter der linksextremen Gewalt steht ein soziologisches System. Denn dass Gewalt eine politische Ausdrucksform sein kann, geniesst im linken Lager mitunter breite Zustimmung. So kommt auch der Extremismus-Bericht des Stadtrates zum Schluss: Während rechtsextreme Gruppierungen Gefahr laufen, mit ihren Aktionen auf Widerstand zu stossen, können Linksextreme hier in der Stadt Zürich mit Rückhalt rechnen. Die Anschläge halten also der linken Polit-Szene brutal den Spiegel vor.



Zustände wie in der Weimarer Republik? Linksextreme wollen mit Gewalt die SVP an der Ausübung der parlamentarischen und politischen Rechte hindern. Das linke Machtsystem ist moralisch abgewirtschaftet. Bild: zVg

AUS DEM USTERMER STADTPARLAMENT

Eine politisch turbulente Zeit in Uster – Die SVP Uster ist gefordert

In Uster sind einige brisante Themen in Bearbeitung: die Richtplanrevision, welche die Bau-Kommission und das gesamte Parlament stark auslastet, die Gebietsänderung der Schulgemeinden, das Budget für das Jahr 2026 und die Gemeindewahlen im April 2026.



Benjamin Streit
Gemeinderat SVP
Uster

Neuer Richtplan für Uster

Die Richtplanrevision wurde am Montag, 1. September, in der Gemeinderatsitzung von 18.00 bis 23.20 Uhr behandelt. Dabei stand ein sozialistisches Werk, aus den Händen des SP-Bauvorstands Stadtrat Feldmann zur Debatte. Die bürgerlichen Kräfte aus SVP-EDU und FDP-DieMitte-Fraktionen haben während der Behandlung des Richtplans in der Bau-Kommission mittels der Kommissionsmehrheit, den roten Richtplan soweit möglich umgekrempelt, dass er vernünftig und dienlich daherkommt. In der Gemeinderatssitzung hat die linke Ratsmehrheit diese Anträge beinahe ausnahmslos abgelehnt, sodass wir im Grunde wieder das sozialistische Werk vorliegen haben. Die fünf Stunden Sitzung haben nicht ausgereicht, um den gesamten Richtplan zu erledigen, am Montag, 22. September, wird der letzte Akt, die Mobilität behandelt. Der Richtplan legt das Fundament, wie Uster insbesondere aus baulicher Sicht gestaltet werden soll, fest. Im nächsten Bericht aus Uster wird an dieser Stelle abschliessend über die Thematik berichtet, insbesondere ob wir das Geschäft erledigen oder das Referendum ergreifen.

Gebietsänderung der Sekundarschulgemeinde Uster (SSU) und der Oberstufenschulgemeinde Nänikon-Greifensee (OSNG)

Die Gebiete der Sekundarschulgemeinde Uster und der Oberstufenschulgemeinde Nänikon-Greifensee stimmen nicht mit den Gebieten der politischen Gemeinden Uster und Greifensee überein. Das neue Gemeindegesetz des Kantons Zürich verlangt aber, dass die Ge-

biete von Schulgemeinden mit den politischen Gemeinden deckungsgleich sind. Die Oberstufenschulgemeinde Nänikon-Greifensee kann nicht in der bisherigen Form weiterbestehen, weil sie neben der Gemeinde Greifensee auch die Ustermer Aussenwachten Nänikon und Werrikon umfasst. Die Schulpflegen der beiden Gemeinden haben zusammen mit den politischen Behörden gemeinsam eine Lösung erarbeitet. Sie wird von den Schulpflegen der SSU und der OSNG unterstützt.

Kernpunkt der Vorlage ist die Gebietsänderung. Die heutige Oberstufenschulgemeinde Nänikon-Greifensee wird auf das Gebiet der Gemeinde Greifensee reduziert. Sie wird zur Sekundarschulgemeinde Greifensee. Das Gebiet der Sekundarschulgemeinde Uster wird um die Aussenwachten Nänikon und Werrikon erweitert. Beide Schulgemeinden entsprechen dann dem Gebiet der politischen Gemeinden. Damit ist das Gesetz eingehalten. Die Lösung für das Schulhaus Wüeri in Nänikon ist eine sogenannte Anstalt, die von beiden Schulgemeinden gemeinsam gehalten wird. Der Schulbetrieb wird von der zukünftigen SSG geführt. Für die Sekundarschülerinnen und -schüler sowie die Lehrerschaft wird es keine erkennbaren Änderungen geben. Die Sekundarschülerinnen und -schüler aus Nänikon und Werrikon werden weiterhin das Schulhaus Wüeri besuchen. Die SSU bezahlt für sie ein Schulgeld an die zukünftige SSG. Dafür wurde ein Anschlussvertrag ausgearbeitet. Die Verträge zur Umsetzung der Gebietsänderung treten nur in Kraft, wenn die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der OSNG und der SSU der Vorlage in einer gleichlautenden Abstimmung zustimmen. Bei Zustimmung kann die Lösung auf den 1. Januar 2027 umgesetzt werden. Lehnt eine der beiden Gemeinden die Vorlage ab, ist die einvernehmliche Gebietsänderung gescheitert. Dann ist zu erwarten, dass der Bezirksrat Uster das übergeordnete kantonale Recht durchsetzt

und die Gebietsänderung anordnet. Die SVP Uster wird vor allem bei der Besetzung der neuen Schulpflege gefordert sein. Mit akkuraten Persönlichkeiten gilt es, bei den Wahlen zu gewinnen und die Schule und damit einen wichtigen Teil unseres Bildungssystems in unserem Sinn zu gestalten.

Budget und Gemeindewahlen 2026

Bald werden die Ustermer Gemeinderäte die Unterlagen zum Budget der Stadt Uster für das Jahr 2026 erhalten. Was bereits sicher sein wird, dieses wird höher sein als letztes Jahr, die Verwaltung wird wachsen, es werden noch mehr Steuergelder verlochod! Die Steuerersenkung wird den Bürgerlichen nicht gelingen, da die Ratslinke eine knappe Mehrheit vereint. Abhilfe ist aber in Sicht, die Gemeindewahlen 2026 vom kommenden April geben die Chance für einen Kräfterwechsel. Es muss der SVP Uster gelingen, weitere Sitze zu gewinnen. Dass der rot-grüne Stadtrat oft auf dem Holzweg ist, haben gewonnene Initiativen und Referenden gezeigt. Nun sind vor allem die Mitglieder, Sympathisanten und Wähler gefordert. Ein Drittel Stimmbeteiligung bei den Wahlen

len 2022 ist schlicht zu wenig und inakzeptabel. Das Potenzial ist gross, die Unzufriedenheit wächst, das Geld wird bei den Menschen immer knapper, dafür die Steuer- und Abgabenlast schwerer. Diese Zustände müssen von der SVP-Basis konsequent und bestimmt im persönlichen Umfeld thematisiert werden, jeder trägt für den Wahlerfolg die Verantwortung. Dies ist nicht alleinige Sache eines Parteipräsidenten oder eines Kandidaten! Unsere Werte werden von herausragenden Persönlichkeiten aus dem Gemeindegebiet von Uster vertreten. Ob Frau oder Mann, Jung oder Alt, Arbeitnehmer oder Geschäftsinhaber, die Findungskommission hat zugunsten des Vorstandes eine solide Arbeit geleistet und Top-Kandidaten für die Gemeindewahlen 2026 gefunden.

Wer glaubt, er könne sich dem Wellenschlag der Politik entziehen, der irrt! Es gibt kein Glück im stillen Winkel mehr, sagen Sie dies insbesondere den verschlafenen, verdrossenen und saumseligen Menschen, zeigen Sie Ihnen die Notwendigkeit und Wichtigkeit des Wählens auf! Auswirkungen und Beispiele der aktuellen rot-grünen Politik erlebt jeder von Ihnen täglich selbst. Die Schweiz und die SVP sind nicht erfolgreich geworden durch Hände in den Schoss legen. Packen wir die Wahlen an und danke für Ihren Einsatz!



Herausfordernde Zeiten in Uster und überall, wohin führt der Weg? Packen wir es gemeinsam an!

Bild: zVg

SVP DINHARD

Das Sommerfest in Dinhard war Gold wert

Die Gemeinde Dinhard feierte ihre Gründung im Jahr 1275, ein paar Jahre vor dem Rütlichswur und somit vor der offiziellen Gründung der Schweiz, mit einem dreitägigen Sommerfest unter dem Motto «750 Jahre Dinhard».

Diese Gelegenheit nutzte die ortsansässige SVP-Sektion in Zusammenarbeit mit einigen Helfern des Bezirks und betrieb einen Stand, der nicht nur dank des Schopfs teilweise überdacht war, sondern auch die Aufmerksamkeit der Besucher mithilfe des Oldie-Feuerwehrautos aus dem Jahr 1974 auf sich zog. Dieses Fahrzeug war zwar wegen des Umbaus nicht mehr für das Löschen eines Brandes geeignet, aber sehr wohl

für das Löschen des Durstes mithilfe der integrierten Bierzapfanlage, die bei den Gästen durchaus beliebt war. Ein weiterer Besuchermagnet war das Glücksrad, bei dem dank den Schokoladentäfelchen, Äpfeln und SVP-Artikeln niemand mit leeren Händen nach Hause ging. Einige glückliche Gewinner erspielten sich die Möglichkeit, am Wettbewerb teilzunehmen sowie vor Ort Gold zu waschen.

Am Sonntagnachmittag, dem letzten Tag der Festivitäten, gab sich Alt-Nationalratspräsident Jürg Stahl die Ehre und führte die Verlosung des Wettbewerbs durch. Die ersten drei Gewinne bestanden aus Silbermünzen, die Nicolin Krüsi aus Dinhard, Marianna Carisch aus Winterthur und Renate Graf aus Stadel feierlich überreicht wurden. Das Goldvreneli als Hauptpreis blieb im Dorf, denn die in Dinhard beheimatete Sarah Waldmeier nahm die Münze mit Freude entgegen. Herzliche Gratulation von der SVP Dinhard an die vier Gewinner des Wettbewerbs!

Das Goldvreneli war ein würdiger Hauptpreis, da jene Goldmünze die Werte und politischen Ziele der SVP vollends widerspiegelt. Dieses Goldstück steht, sowohl symbolisch als auch auf dem freien Markt, für Wohlstand, Beständigkeit sowie Werterhalt. Wer in ein Goldvreneli oder in die SVP investiert, sei es nun finanziell oder mit der eigenen Wählerstimme, kann nicht nur mit einer gesicherten Wertsteigerung rechnen, sondern auch mit dem Erhalt der schweizerischen Traditionen, die von der SVP verteidigt und mit dem stilisierten Antlitz der personifizierten Helvetia, dem Vreneli, in Gold geprägt werden. Bei der SVP – sowie bei der traditionellen Gründungsfeier in Dinhard – ist halt doch alles Gold, was glänzt.

Kevin Kübler

Redaktor SVP Bezirksvorstand Winterthur, Turbenthal



Alt-Nationalratspräsident Jürg Stahl zusammen mit der Goldvreneligewinnerin Sarah Waldmeier und Rahel Fritschi, SVP Dinhard.

Bild: zVg

LESERBRIEF

Eigenmietwert abschaffen – für mehr Fairness

Der Eigenmietwert ist eine veraltete und ungerechte Steuer. Wer in den eigenen vier Wänden lebt, soll nicht so behandelt werden, als würde er Miete verdienen. Besonders Familien, Rentnerinnen und Rentner zahlen für ein fiktives Einkommen – das ist weder zeitgemäss noch fair.

Am 28. September haben wir die Chance, das zu ändern. Mit einem Ja zum Bundesbeschluss über die kantonalen Liegenschaftssteuern auf Zweitliegenschaften fällt der Eigenmietwert für selbstgenutztes Wohneigentum end-

lich weg. Das entlastet viele Haushalte und stärkt den Mittelstand.

Gleichzeitig wird der steuerliche Abzug von Schuldzinsen eingeschränkt. Damit wird der Anreiz zur hohen Verschuldung reduziert – ein Schritt in Richtung finanzieller Stabilität. Für Ersterwerberinnen und Ersterwerber ist ein befristeter Abzug vorgesehen, um den Einstieg ins Wohneigentum zu erleichtern.

Die Reform ist ausgewogen: Sie schafft mehr Gerechtigkeit, entlastet Eigentümerinnen und Eigentümer und sorgt für eine nachhaltigere Steuerpo-

litik. Ein Nein hingegen bedeutet: Die alte Regelung bleibt – und sie könnte sogar teurer werden. Im Kanton Zürich droht eine Erhöhung der Eigenmietwertbesteuerung um bis zu 11 Prozent.

Darum mein Appell: Gehen Sie abstimmen. Sagen Sie Ja zur Vorlage: Für bezahlbares Wohnen. Für Fairness. Für eine moderne Schweiz.

Jacqueline Hofer,

Vorstand KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich/Kantonsrätin SVP, Dübendorf

INDIVIDUALBESTEUERUNG

Ehegattenbesteuerung: Gemeinsam statt jeder für sich

Das Bundesparlament hat im Juni knapp die Einführung der Individualbesteuerung angenommen. Neu soll jeder Ehegatte einzeln eingeschätzt werden und eine eigene Steuerrechnung erhalten. Die grosse Mehrheit der Kantone möchte diese Verkomplizierung für Ehepaare und Behörden vermeiden und bei der gemeinsamen Veranlagung bleiben. Die Referendumsfrist läuft. Das Stimmvolk sollte über diese einschneidende Vorlage entscheiden können.



Ernst Stocker
Regierungsrat SVP
Wädenswil

Die Abschaffung der Heiratsstrafe bei der direkten Bundessteuer ist ein nachvollziehbares Anliegen. Doch die grosse Mehrheit der Kantone unterstützt den vom Bundesparlament eingeschlagenen Weg nicht und will die Ehegatten nicht auseinanderdividieren. Die Individualbesteuerung erhöht die Komplexität für Steuerpflichtige und Behörden, führt zu neuen Ungleichheiten zwischen Einverdiener- und Zweiverdienerhepaaren und bewirkt eine hohe Belastung der öffentlichen Haushalte. Die gemeinsame Veranlagung der Ehegatten, wie wir sie heute kennen, ist vorzuziehen.

In der abstrakten Diskussion um die Individualbesteuerung geht manchmal

vergessen, wie einschneidend der Systemwechsel konkret wäre. Es geht nicht nur um die rund 1,7 Millionen zusätzlichen Steuererklärungen, die die Kantone zu verarbeiten hätten. Die Individualbesteuerung erfordert, dass neben dem Bund auch sämtliche 26 Kantone die gemeinsame Besteuerung der Ehegatten abschaffen, und dass sie ihre eigenen Steuertarife und die Sozialabzüge neu festlegen müssen. Würden die Kantone für die einzelnen Ehegatten einfach ihre Steuertarife für Alleinstehende anwenden, wären die Verwerfungen wegen der Steuerprogression im Vergleich zu heute massiv. Je ungleicher die Einkommen zwischen den Ehegatten verteilt sind, desto grösser wäre die Mehrbelastung für das Paar. Für viele Steuerpflichtige ist die direkte Bundessteuer nur die Spitze des Eisbergs der eigenen Steuerrechnung.

Noch kaum im Blickfeld der Öffentlichkeit ist zudem, dass sich die Kantone auch für die Bemessung von staatli-

chen Beiträgen wie den Prämienverbilligungen auf das gemeinsame Einkommen der Ehegatten stützen. Ein Wechsel auf die Methode «Individuell» hätte gerade bei diesen staatlichen Beiträgen ungeahnte Folgen. Soll zum Beispiel eine nicht erwerbstätige Millionärsgattin die maximale Prämienverbilligung erhalten? Das wäre kaum erwünscht. Anpassungen drängten sich also bei diesen Beiträgen auf. Somit sind die finanziellen Konsequenzen für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die einzelnen Kantone insgesamt noch völlig offen.

Die finanzpolitische Ausgangslage ist derzeit für den Bund und auch für viele Kantone nicht rosig. Das Preisschild für den Wechsel zur Individualbesteuerung beträgt rund 600 Mio. Franken allein beim Bund. Aus all diesen Gründen empfahl die Finanzdirektorenkonferenz ihren Mitgliedern, das Kantonsreferendum zu ergreifen. Die Reform ist von so grosser Tragweite, dass die Stimmbürger das letzte Wort haben sollte.

MEDIENMITTEILUNG SVP STADT ZÜRICH, 3. SEPTEMBER 2025

Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen: SVP lehnt «Stadtraum Hauptbahnhof 2050» dezidiert ab

Die SVP lehnt die heute von der Stadtregierung vorgestellte Vision «Stadtraum Hauptbahnhof 2050» mit Nachdruck ab. Das Abwürgen des Individualverkehrs rund um den wichtigsten Verkehrsknotenpunkt der Schweiz ist weltfremd und führt Zürich zurück in vorindustrielle Zeiten.

Im sogenannten Weissbuch «Aufbruch in den Stadtraum Hauptbahnhof 2050», welches der Zürcher Stadtrat heute vorgestellt hat, wird der Zürcher Hauptbahnhof bereits auf Seite 4 als die «wichtigste Drehscheibe, schweizweit» bezeichnet. Diese Analyse ist korrekt, der HB Zürich ist mit Abstand der grösste Bahnhof der Schweiz. Was auf den restlichen Seiten des Weissbuchs dann allerdings folgt, ist die übliche autofeindliche Litanei, wie man sie aus der linksgrünen Stadtzürcher Politblase zur Genüge kennt.

Konflikt mit Kantonsverfassung

Geht es nach dem Zürcher Stadtrat, soll das Auto fast vollständig von den Strassen rund um den Hauptbahnhof verschwinden. In luftigen Worten und schönen computergenerierten Bildern wird diese Vision auf über 160 Seiten ausgebreitet. Eine Vision, die sich allerdings kaum wird umsetzen lassen: Artikel 104 der Kantonsverfassung untersagt einen einseitigen Kapazitätsabbau auf Kantonsstrassen; und weil der Hauptbahnhof fast vollständig von Kantonsstrassen umfahren wird, verstösst dieses Projekt im Kern gegen übergeordnetes Recht.

Massloses Wachstum bremsen

Fakt ist: Eine pulsierende und lebendige Stadt lebt nicht zuletzt von der individuellen Mobilität ihrer Bewohnerinnen und Bewohner. Diese wird aufgrund der nicht abbreissenden, masslosen Zuwanderung bis 2050 weiter anwachsen. Das steigende Mobilitätsbedürfnis der Bevölkerung wird sich aber nicht alleine mit Tram, Bus, Velo und Fussverkehr bewältigen lassen – eine moderne Stadt muss es vielmehr schaffen, alle Verkehrsträger in Einklang zu bringen. Wer den steigenden Dichtestress wirksam bekämpfen möchte, darf nicht einseitig das Auto verteufeln, sondern muss endlich die Zuwanderung wirksam begrenzen und für ein massvolles und verträgliches Wachstum unserer schönen Stadt eintreten.

Fazit: Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen. Dies gilt im Falle des Weissbuchs «Stadtraum Hauptbahnhof Zürich 2050» ganz besonders für die Zürcher Stadtregierung. Die SVP wird alles daransetzen, die Umsetzung dieser schädlichen, autofeindlichen und weltfremden Vision zu verhindern.

Ueli Bamert,

Kantonsrat, Präsidium SVP Stadt Zürich

BUNDESRAT BEAT JANS SEI DANK

Wokismus im FEDPOL

Gemäss Medienberichten dürfen alle Schweizer Polizistinnen und Polizisten die Hautfarbe von gesuchten Personen im nationalen Fahndungssystem RIPOL nicht mehr eintragen. Grund dafür sei gemäss FEDPOL «keine offizielle Beschwerde aus dem Ausland».



Mauro Tuena
Nationalrat SVP
Zürich

für Polizeipatrouillen wohl das auffälligste Merkmal ist, fehlt neu. In Bundesrat Beat Jans FEDPOL zieht Wokismus ein. Mutmassliche zur Fahnung ausgeschriebene Verbrecher sind in Zukunft noch schwerer zu finden. Bundesrat Jans FEDPOL sei Dank!

FEDPOL hat die Änderung eigenmächtig und ohne Konsultation der Kantone vorgenommen. Die Änderung tritt per sofort in Kraft und sei für alle Polizeikorps in der Schweiz verbindlich.

Faktisch heisst das, dass die Signalelemente einer gesuchten Person neu nur noch lückenhaft erfasst werden können. Eingetragen sind etwa die Haarfarbe, die Augenfarbe, die Grösse oder allenfalls Tattoos.

Ausgerechnet jenes Merkmal, welches nicht geändert werden kann und

Nach Rückfragen bei den kantonalen Polizeikorps sei die Angabe der Hautfarbe für die Fahndungserfolge aber wichtig und zentral. Unsere Polizistinnen und Polizisten haben in einem schwierigen Umfeld einen gefährlichen Job zu erledigen. Die Politik hat die Aufgabe, die Sicherheit der Bevölkerung an oberste Stelle zu stellen. Aus diesem Grund habe ich in der nationalrätlichen Sicherheitskommission (SIK-N) den Antrag für eine Kommissionsmotion gestellt, diesen weltfremden und gefährlichen Entscheid sofort rückgängig zu machen!



Hautfarben dürfen aufgrund einer Beschwerde aus dem Ausland (!!!) nicht mehr eingetragen werden.

Bild: iStock

SVP DIGITAL



Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.





In den Sumpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.





Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von Alt NR Roger Köppel.





SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!





Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.



SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Meilen/Zollikon
Donnerstag, 18. September 2025, 20.15 Uhr, Informationsabend, Reformiertes Kirchgemeindehaus, Rösslirain 2, Zollikon, mit den Nationalräten Gregor Rutz und Mauro Tuena. Anschliessend Apéro.

Bezirk Winterthur
Freitag, 19. September 2025, 18.30 Uhr, Behördenanlass, Firma NUP, Zürcherstrasse 340, Winterthur.

Bezirk Winterthur/Pfungen
Samstag, 13. September 2025, bis Sonntag, 14. September 2025, SVP-Buurestube an der Dorfet, Altes Spritzenhaus, Hinterdorfstrasse, Pfungen.

Stadt Zürich/Kreis 10
Samstag, 13. September 2025, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Röschibachplatz, Zürich-Wipkingen.

Samstag, 20. September 2025, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Kappenbühlweg, Zürich-Höngg.

Stadt Zürich/Kreis 11
Samstag, 13. September 2025, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Sonntag, 21. September 2025, 10.00 – 14.00 Uhr, Puurezmorge, Bauernhof Albert Schumacher, Katzensseestrasse 8, Zürich-Affoltern, mit Nationalrat Mauro Tuena sowie den Kantonsräten Ueli Bamert und Susanne Brunner.

Samstag, 27. September 2025, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Stadt Zürich/Kreis 12
Samstag, 13. September 2025, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich-Schwamendingen.

Samstag, 20. September 2025, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich-Schwamendingen.

Samstag, 27. September 2025, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich-Schwamendingen.

Junge SVP Kanton Zürich
Freitag, 12. September 2025, 18.00 Uhr, Abstimmungspodium, GZ Roos, Roosstrasse 40, Regensdorf, mit Naemi Dimmeler, Präsidentin Junge SVP Kanton Zürich.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Samstag, 27. September 2025, bis Sonntag, 28. September 2025, SVP-Schiessen 2025, Vorschiesen am Freitag, 19. September 2025, Schützenhaus, Schützenhausstrasse 6, Uster. Weitere Informationen unter www.svp-schiessen.ch.

Montag, 29. September 2025, 18.30 Uhr, Informationsveranstaltung zu den EU-Rahmenverträgen, Club zur Geduld, Marktgasse 22, Winterthur, mit Nationalrat Martin Hübscher. Kosten: 25 Franken.

Dienstag, 30. September 2025, 19.30 Uhr, Delegiertenversammlung der SVP des Kantons Zürich, Zentrumssaal, Im Zentrum 1, Oberengstringen.

Donnerstag, 2. Oktober 2025, 19.30 Uhr, Vortragsabend «Wer bedroht die Schweiz? Wer regiert die Schweiz?», Hof Schlattgut, Schlattstrasse 67, Herrliberg, mit Nationalrätin Nina Fehr Düsel, Kantonsrat Domenik Ledergerber, Präsident SVP des Kantons Zürich, und Alt Nationalrat Ulrich Schlüer.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer
Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6% MWSt (Ausland auf Anfrage). Jahresabonnement Online: Fr. 65.– inkl. 2,6% MWSt. Redaktion: ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. Insertionspreise: www.zbv.ch/zuercher-bauer. Abonnementsdienst: Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. Inseratenannahme: SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. Inseratenschluss: Mittwoch, 12.00 Uhr. Veranstaltungsmeldungen: veranstaltungen@svp-zuerich.ch Layout: Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. Druck: Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Der Zürcher Bote
Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. Redaktion: SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68. Insertionspreise: www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. Abonnementsdienst: SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Pfungemer Dorfet

Samstag, 13. September 2025 ab 14.00 Uhr
Sonntag, 14. September 2025 ab 10.00 Uhr

Wir heissen Sie herzlich willkommen in der gemütlich eingerichteten

SVP Buurestube

im alten Spritzenhaus an der Hinterdorfstrasse.



Besuchen Sie unsere «Dorfet» und verbringen Sie einige gemütliche Stunden bei uns in Pfungen. Wir freuen uns auf Sie!

SVP Pfungen



SO STIMMEN SIE RICHTIG !

Volksabstimmung vom 28. September 2025

Eidgenössische Vorlagen

1. Bundesbeschluss vom 20. Dezember 2024 über die kantonalen Liegenschaftssteuern auf Zweitliegenschaften	JA
2. Bundesgesetz vom 20. Dezember 2024 über den elektronischen Identitätsnachweis und andere elektronische Nachweise (E-ID-Gesetz, BGEID)	NEIN

Vorlage Kanton Zürich

Energiegesetz (EnerG) (Änderung vom 27. Januar 2025; Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel)	NEIN
--	------

Vorlagen Stadt Zürich

1. Volksinitiative «VBZ-Abo für 365 Franken»	NEIN
2. Parkkartenverordnung, Neuerlass der Verordnung über die Parkierungs- und Zufahrtsbewilligungen (PKV)	NEIN
3. Einsatzbeschränkung Laubbläser und Laubsauger, Teilrevision der Allgemeinen Polizeiverordnung	NEIN
4. Ersatzneubau Sportzentrum Oerlikon, Ausgaben von 373 Millionen Franken	NEIN
5. Ersatzneubau von Haus A des Gesundheitszentrums für das Alter Bachwiesen, Ausgaben von 92,4 Millionen Franken	JA
6. Sportanlage Juchhof 3, Ersatzneubau Garderobengebäude und Umbau Rasenspielfelder, Ausgaben von 25,66 Millionen Franken	JA

Vorlagen Stadt Winterthur

1. «Mietvertrag mit der AXA für das Veloparking an der Paulstrasse 12 in Winterthur», Verpflichtungskredit von einmalig 5 483 520 Franken	NEIN
2. «Erweiterung der Schulanlage Langwiesen», Verpflichtungskredit von einmalig 36 260 000 Franken	JA

Dübendorf, 8. September 2025

EINLADUNG

zur Delegiertenversammlung

Dienstag, 30. September 2025, 19.30 Uhr

Zentrumssaal, Im Zentrum 1, 8102 Oberengstringen

Vorprogramm

Türöffnung und Verpflegung ab 18.30 Uhr, Vorprogramm ab 18.45 Uhr

- Geniessen Sie Fleischkäse mit Kartoffelsalat / Cremeschnitte und Nussgipfel
- Musikalischer Auftakt durch die Kreismusik Limmattal
- Begrüssung durch Kantonsrat André Bender, Gemeindepräsident von Oberengstringen

Traktanden

1. Begrüssung und Standortbestimmung

Parteipräsident

2. Wahl der Stimmenzähler

Parteipräsident

3. Eidg. Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2025

a) Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz (Service-citoyen-Initiative)»: Kurzinformation und ParolenfassungNR Martin Hübscher

b) Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)»: Kurzinformation und ParolenfassungJan Schibli
Inhaber und Geschäftsführer der Schibli-Gruppe

P A U S E mit Verpflegungsmöglichkeit

4. Kantonale Abstimmungsvorlage vom 30. November 2025

Parolenfassung:

a) A. Kantonale Volksinitiative «Für ein Grundrecht auf digitale Integrität»
B. Gegenvorschlag des Kantonsrates vom 12. Mai 2025KR Roman Schmid

b) A. Kantonale Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich»
B. Gegenvorschlag des Kantonsrates vom 30. Juni 2025KR Markus Bopp

Mobilisierung:

c) Strassengesetz (StrG) (Änderung vom 31. März 2025) «Mobilitätsinitiative»KR Ueli Pfister

5. Rahmenabkommen

NR Alfred Heer

6. Wahlen: neues Mitglied im Kantonalvorstand

Parteipräsident

7. Verschiedenes